

Europäische Assoziation (EA) ehemaliger Parlamentsabgeordneter aus Mitgliedstaaten des Europarates

Herausforderungen der Zuwanderung¹

Erklärung von Lyon

Einstimmig von den anwesenden Delegierten von sechzehn Mitgliedsvereinigungen beschlossen.²

Die Erklärung von Lyon formuliert in ihren insgesamt 53 Artikeln³ eine Reihe von Positionen, die für die Staaten in Europa, den Europarat und die Europäische Union konkrete Anregungen für die aktive Politik enthalten und geeignet sind, einer realistischen, oftmals blockierten Zuwanderungspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu gehören:

- Die Notwendigkeit einer internationalen und europäischen Verantwortungs- und Lastenteilung bei der Bekämpfung der erzwungenen Migration und Vertreibung, bei Beiträgen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Fluchtländern, der Erhöhung der Zahl von Umsiedlungsplätzen, der Schulterung der Integration in die Aufnahmeländer und einer stärkeren, besser koordinierten Zusammenarbeit bei Grenzkontrollen sowie der Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Menschenhandel.
- Die Erkenntnis, dass eine massive, illegale Einwanderung für die Aufnahmeländer enorme Herausforderungen und Bedrohungen für die Demokratie und Stabilität, die europäische Einigung sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die finanzielle Tragfähigkeit darstellt.
- Die solidarische Unterstützung aller Anstrengungen für eine humane, vernunftgemäße, geregelte Zuwanderung und Integrationspolitik in Europa, die sowohl Risiken und Bedrohungen mindert, die mit einer nicht mehr tragfähigen Einwanderung verbunden sind, als auch mögliche Chancen erhöht.
- Die Einhaltung unserer Werte und politischen Normen durch die Migranten, die zeitnahe Rückführung aller, die kein Bleiberecht haben, und die Aufrechterhaltung des Wunsches von Asylsuchenden und Flüchtlingen, in ihre Heimatländer bei einer verbesserten dortigen Situation zurückzukehren.
- Konkrete Vorschläge, wie die adäquate Mittelausstattung des UNHCR; die Prüfung, ob Klimaflüchtlingen der Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention zuerkannt werden kann; besondere entwicklungspolitische Anstrengungen im Nahen Osten und in Afrika; die konsequente Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung; die Schaffung einer „Charta der gleichberechtigten Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben“ beim Europarat.

¹ Der hier vorgelegte Text findet sich auch auf der Website der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments (www.vemdb.de > Aktuelles > International)

² Rund 50 Abgeordnete von Delegationen aus 16 EA-Mitgliedsvereinigungen nahmen am 10. und 11. Oktober 2016 in Lyon am Kolloquium über die „Herausforderungen der Zuwanderung“ teil, und zwar aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Türkei, Zypern sowie der Vereinigung des Europäischen Parlaments. Anwesend war auch eine Vertreterin aus Norwegen. Bei der einstimmig angenommenen Schlussabstimmung über die „Erklärung von Lyon“ enthielten sich sechs Delegierte aus Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und der Türkei.

³ Die Erklärung von Lyon kann in den offiziellen Sprachen Englisch und Französisch von der EA-Website (www.fpap-europe.org) heruntergeladen werden: www.fpap-europe.org/text-e-s

Im Folgenden seien die wichtigsten Herausforderungen und Antworten, Empfehlungen und Vorschläge hervorgehoben:

- 1) Die jüngsten Migrationsbewegungen von Asylsuchenden, Flüchtlingen und anderen Migrantinnen/Migranten bedeuten große Herausforderungen für Europa. Menschen suchen – oft zusammen mit ihren Familien – nach einem besseren, freien und gesunden Leben in einem sicheren, gewaltfreien Umfeld. Diese Ziele sind verständlich; aber sie sind in einer vorausschaubaren Zeit nicht in Europa für all jene Millionen Menschen zu realisieren, die mit sehr hohen, oft unerreichbaren Erwartungen zu uns kommen.
- 2) Die Einwanderung ist von früheren zu unterscheiden, weil die Zuwanderer meist aus Ländern mit anderem kulturellen und religiösen Hintergrund stammen und nicht alle von ihnen bereit sind, „unsere gemeinsamen Werte“ und rechtlichen und sozio-politischen Normen zu akzeptieren. Jene, die die Normen der Gastländer zu untergraben suchen, verirken ihr Gastrecht.
- 3) Die enorm hohe Zuwanderung droht Europa zu spalten sowie Erfolge und Visionen der EU zu gefährden. Die Reaktion vieler Menschen auf den unkontrollierten massenhaften Zustrom von Flüchtlingen hat vielerlei Ängste geweckt und ist so zur Brutstätte für Chauvinismus, übersteigerten Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz geworden und kann Grundwerte und Demokratie erschüttern. Deshalb fordern die ehemaligen Parlamentarier enge internationale Zusammenarbeit zu schneller und konsequenter Bewältigung der immer wiederkehrenden Flüchtlingswellen, nicht allein durch bessere Grenzkontrollen und Bekämpfung der Schlepperkriminalität, sondern auch durch konsequente Integrationsmaßnahmen einerseits und der Rückführung aller, die kein Bleiberecht haben andererseits.
- 4) Die Genfer Konvention zur Flüchtlingsfrage, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der VN und die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates stellen für die meisten Aspekte der Zuwanderungspolitik - ergänzt durch nationale und EU-Regelungen - den Rahmen dar, in dem sich das Handeln und die Lösungsstrategien für die Behandlung der Flüchtlingsfrage auf nationaler und europäischer Ebene zu bewegen hat. Oberstes Gebot ist, Menschenleben zu retten und die Menschenwürde jedes Einzelnen zu wahren und für eine humane, vernunftgemäße Einwanderungspolitik zu werben. Zugleich benötigen wir weitere Systeme einer gesteuerten und legalen Zuwanderung, um die Gefahr der Überforderung und Überdehnung des Staates und sozialer Systeme sowie der Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaften zu vermeiden.
- 5) Angesichts des - oft illegalen - Zustroms von Migranten, von Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Menschenhandel müssen Grenzkontrollen, Registrierungen und Identitätsgewinnungsmaßnahmen verstärkt werden. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Ursprungs-, Transit- und Zielländern ist nötig.
- 6) Es besteht eine weltweite und insbesondere europäische Mitverantwortlichkeit, erzwungene Migration – durch politische, rassische und andere Verfolgung, Bürgerkrieg, Klimawandel und Existenznot – wirksam an der Wurzel zu bekämpfen. Zu den zu bekämpfenden Ursachen gehören auch der Raubbau an Land, eine rücksichtslose Ausbeutung von Natur und Bodenschätzen sowie eine neoliberale und Entwicklungsländern aufgezwungene Offenmarktpolitik.
- 7) Zuwanderer müssen nach den verschiedenen Ursachen der Zuwanderung unterschiedlich behandelt werden und sollten zurückgeführt werden, sobald die jeweiligen Ursachen beseitigt sind, sofern sie nicht dauerhaft Aufnahme in den Gastländern finden können. Die ehemaligen Abgeordneten unterstreichen: Migranten haben kein verbrieftes Recht auf Einwanderung in ein fremdes Land (Ausnahme EU); Wirtschaftsflüchtlinge sind nach den spezifischen „gesetzlichen Regelungen“ der jeweiligen Gastländer zu behandeln; geregelte legale Zuwanderung sollte auch im aufgeklärten Eigeninteresse angestrebt werden.
- 8) Die europäischen Werte müssen von jedermann respektiert werden: Achtung der Menschenrechte einschließlich der vier Freiheiten des Gewissens, der Religionsausübung, der Meinungsäußerung und des Organisationsrechts, der Geschlechtergleichheit, der Rechtsstaatlichkeit, der pluralistischen, liberalen und säkularen Gesellschaftsordnung, des politischen Systems und der

Institutionen. Von Immigranten wird erwartet, dass sie unter diesen Bedingungen bereit zur Integration sind (Erlernen der Sprache, Besuch von Integrationskursen, Nutzung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und Stellenangeboten).

- 9) Integration in unsere Gesellschaften erfordert Anstrengungen von unseren Ländern wie auch von den Migranten. Das Entstehen von ethnischen Ghettos und Parallelgesellschaften muss verhindert werden.
- 10) Europäische Solidarität ist in dreifachem Sinne gefordert: (i) gegenüber den Flüchtlingen; (ii) innerhalb Gesamteuropas; (iii) gegenüber den Herkunftsländern, in denen die Gründe für Emigration und Flucht liegen, obwohl auch sie selbst Solidarität zu zeigen haben.
- 11) Die Zuwanderung kann aber auch neue Perspektiven eröffnen, insofern der demografische Wandel mit dem massiven Anwachsen des Durchschnittsalters der europäischen Bevölkerung absehbar ein Ungleichgewicht zwischen aktiver Arbeitsbevölkerung und der nicht im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung schafft. Eine ganzheitliche, attraktive Zuwanderungs- und Integrationspolitik könnte einen dreifachen Nutzen bringen: für die Gastländer, die Herkunftsländer sowie die Migranten.
- 12) Die ehemaligen Parlamentarier appellieren sowohl an die Vereinten Nationen als auch an jeden einzelnen Staat Vertreibungs- und Fluchtursachen zu bekämpfen, aber auch die internationalen Einrichtungen (z.B. UNHCR, UNOCD usw.) hinreichend mit Mitteln auszustatten, um Flüchtlingslager zu finanzieren und die Schlepperkriminalität zu bekämpfen.
- 13) Die Ehemaligen fordern von der EU und ihren Mitgliedstaaten die weitere Umsetzung und Stärkung einer zukunftsgerichteten nachhaltigen, humanen, wirksamen und kohärenten Entwicklungspolitik in Partnerschaft mit den Entwicklungsländern, besonders in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten.
- 14) Bei der Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind die internationale Gemeinschaft, die UN-Mitgliedstaaten und die EU, die Zivilgesellschaft und der private Sektor aufgerufen, zur Entwicklung einer besseren Welt beizutragen. Die Agenda 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen stellt ein vielversprechendes Programm für alle Menschen dar, die nach besseren, menschenwürdigen Lebensverhältnissen in ihren Ländern suchen. Sie trägt mit ihren Zielen, mehr Fairness in den internationalen Handelsbeziehungen zu schaffen sowie interne und externe Friedensbemühungen zu unterstützen, zur Bekämpfung der Fluchtursachen bei.
- 15) Die ehemaligen Parlamentarier appellieren an die Mitgliedsstaaten des Europarats, bei der Bewältigung der Flüchtlingsprobleme nach einer abgestimmten einheitlichen Asyl- und Flüchtlingspolitik auf der Grundlage unserer gemeinsamen humanitären Werte zu streben, eng zusammenzuarbeiten und intensiv für die Integration von Flüchtlingen und die Aufklärung der Bürger zu sorgen. Bürgerschaftliches Engagement muss unterstützt werden, da es eine zentrale Rolle bei der friedlichen Lösung der Flüchtlingsproblematik spielt.
- 16) Die Ehemaligen betonen: Wir brauchen starke demokratische Staaten mit effizienten Institutionen und gutem Regierungs- und Verwaltungshandeln. Regierungen und Parlamente müssen die soziale Kohäsion stärken und mit dafür sorgen, Stereotypen und Vorurteile gegenüber Ausländern abzubauen. Politiken sind zu verfolgen, die das Vertrauen der Bürger in die Demokratie stärken und eine weitere Demokratie- und Politikverdrossenheit in Europa und v.a. der EU vermeiden.
- 17) Integration kann wirksam nur als wechselseitiger Prozess des Bemühens um gegenseitiges Verständnis von Mehrheiten und Minderheiten erfolgen, wobei den Neuankommenden von Anfang an die Einsicht in die Inhalte und Methoden der bürgerschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Teilhabe der Aufnahmeländer zu vermitteln ist. Die ehemaligen Parlamentarier fordern die Mitgliedstaaten des Europarates und dessen Parlamentarische Versammlung auf, zusammen mit Gemeinden und Regionen, der Zivilgesellschaft und Migranten eine „Charta der gleichberechtigten Teilhabe im politischen und öffentlichen Leben“ zu schaffen.